Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über den Ersten Teil der 23. ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung der Westeuropäischen Union vom 20. bis 23. Juni 1977

Während der Juni-Tagung erörterte die Versammlung der Westeuropäischen Union Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

— **Politische Fragen** (Die westeuropäische Mittelmeerpolitik — der westliche Mittelmeerraum; die Anwendung der Schlußakte der KSZE)

  Hierzu sprachen die Abg. Dr. Müller (S. 15; 16; 17), Reddemann (S. 17; 18), Frau von Bothmer (S. 18; 19)

— **Bericht des Rates** der Westeuropäischen Union (22. Jahresbericht des Rates für die Versammlung; die politische Tätigkeit des Rates — Antwort auf den 22. Jahresbericht des Rates; die Anwendung des Brüsseler Vertrags — Antwort auf den 22. Jahresbericht des Rates; wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit in Europa — Antwort auf den 22. Jahresbericht des Rates)

  Hierzu sprachen die Abg. Dr. Müller (S. 8; 11; 12), Reddemann (S. 9), Lenzer (S. 9; 10; 11; 12; 13), Frau von Bothmer (S. 13)

  Beschlüsse der Versammlung

  Empfehlung 298 betr. die politische Tätigkeit des Rates (S. 13)

  Empfehlung 299 betr. die Anwendung des Brüsseler Vertrages (S. 13; 14)

  Empfehlung 300 betr. die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit in Europa (S. 14)

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 821, Goethestraße 56,
5300 Bonn-Bad Godesberg 1, Telefon (0 22 21) 36 35 51

— **Verteidigungsfragen** (eine europäische Rüstungspolitik; Europäische Sicherheit und Ost-West-Beziehungen; die U-Boot Bekämpfung)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 297 betr. die europäische Rüstungspolitik

Empfehlung 301 betr. die europäische Sicherheit und Ost-West-Beziehungen

Empfehlung 303 betr. die U-Boot Bekämpfung

— **Wissenschaft und Technologie** (Sicherung der europäischen Energieversorgung — neue Energiequellen aus dem Meer; Stand der fortgeschrittenen Technologie in Israel)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 305 betr. die Sicherung der europäischen Energieversorgung — neue Energiequellen aus dem Meer

Empfehlung 306 betr. den Stand der fortgeschrittenen Technologie in Israel

— **Haushaltsfragen** (Haushalt der ministeriellen Organe der WEU 1977)

Beschlüsse der Versammlung

Stellungnahme 24 betr. den Haushalt der ministeriellen Organe der WEU 1977

Empfehlung 302 betr. den Status des Personals der WEU

— **Beziehungen zu den Parlamenten** (Sechzehnter Halbjahresbericht des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten)

Dieser Ausschuß hat die Empfehlungen 298 betr. die politische Tätigkeit des Rates — Antwort auf den 22. Jahresbericht des Rates (S. 13) und 299 betr. die Anwendung des Brüsseler Vertrages — Antwort auf den 22. Jahresbericht des Rates (S. 13; 14) ausgewählt, die offiziell vom Präsidenten der Versammlung an die nationalen Parlamente weitergeleitet wurden.

Die Reden der deutschen Abgeordneten sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt.

Abg. Kai-Uwe von Hassel (CDU/CSU) wurde zum Präsidenten der Versammlung gewählt. Abg. Frau von Bothmer (SPD) wurde wieder zur Vorsitzenden des Politischen Ausschusses, Abg. Lenzer (CDU/CSU) zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses und Abg. Dr. Enders (SPD) zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten gewählt.

Den 22. Jahresbericht des Rates erstattete Staatsminister Frau Dr. Hamm-Brücher.

Zur Versammlung sprachen Frau Dr. Hamm-Brücher, Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland (S. 5; 6; 7; 8; 9), der Präsident der Versammlung der Westeuropäischen Union, Kai-Uwe von Hassel (S. 4; 5), der britische Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, J. Tomlinson, der italienische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Pastorino.

Als Beobachter nahmen an den Verhandlungen teil: Abg. Honore und Damgaard (Dänemark), da Costa Moreira und Almeida Oliveira Baptista (Portugal), Botschaftsrat Temboury (Spanien).

Bonn, den 20. Juli 1977

Kai-Uwe von Hassel	**Dr. Manfred Geßner**
Stellvertretender Sprecher	Sprecher

Montag, 20. Juni 1977

Tagesordnungspunkt:

Eröffnung des Ersten Teils der 23. ordentlichen Sitzungsperiode

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des neugewählten Präsidenten der Versammlung, Kai-Uwe von Hassel

(Übersetzung aus dem Französischen)

Meine Damen, meine Herren,

es ist eine Ehre für mich, die Präsidentschaft der Versammlung der Westeuropäischen Union zu übernehmen. Ich möchte Ihnen für Ihr Vertrauen danken. Wie mein Vorgänger, Herr Nessler, werde ich mich bemühen, die mir übertragene Aufgabe unparteiisch und gewissenhaft auszuführen. Die effiziente Art, mit der er sein Amt führte und die er unter anderem auch gelegentlich der Zwanzigjahrfeier dieser Versammlung in Bonn bewies, war vorbildlich. Auch ich werde mich in gleicher Weise bemühen, einer Versammlung, die — was man nicht vergessen darf — als einzige in Europa für Verteidigungsfragen zuständig ist, mehr Gehör und ein größeres Ansehen zu verschaffen. Tatsache ist, daß die Verteidigungsprobleme mir immer ein besonderes Anliegen waren, nicht nur zu der Zeit, zu der mir die Aufgaben eines Verteidigungsministers innerhalb der Bundesregierung übertragen waren, sondern während meiner ganzen politischen Laufbahn.

Wir dürfen nicht vergessen, daß trotz der sogenannten „Entspannung" die **Sicherheit Europas** niemals endgültig gewährleistet ist. Sie muß ständig neu geschaffen werden. Denn das seit dem letzten Weltkrieg geteilte, schwache und unentschiedene Europa, das seine politische Einigung nicht verwirklichen konnte, bleibt eine ungewisse und zerbrechliche Realität.

Seit mehr als dreißig Jahren wird es von einem Stacheldraht durchquert, der Deutschland bis in seine alte Hauptstadt teilt: Im Westen können die Völker ihre Zukunft frei bestimmen. Im Osten ist das nicht der Fall.

Aber wir fühlen zutiefst, daß die **Teilung Europas** und die Teilung Deutschlands trotz der inzwischen verstrichenen Zeit etwas Unnatürliches ist. Auf beiden Seiten der Grenze zwischen Ost und West sind die staatlichen Institutionen zwar verschieden, nicht aber die Gemüter der Menschen. Europa ist zur Demokratie berufen. Auf diesem geistigen Fundament beruht seine Einheit. Deshalb können wir uns auch nicht zufrieden geben — selbst wenn das Ergebnis der Konferenz von Helsinki auf der Belgrader Konferenz bestätigt werden sollte —, solange die Völker unseres alten Kontinents nicht die Möglichkeit zurückerlangt haben, sich frei zu entfalten.

Das geteilte Europa hätte gerade in seiner Lage einen zusätzlichen Grund finden sollen, mit Entschiedenheit seine Identität und seine Einheit zu behaupten. Aber stattdessen befragt es wie Hamlet sein Schicksal. Zahlreiche Organisationen sollten diesem großen Gebilde Leben verleihen. Ohne den politischen Willen jedoch fehlt den Institutionen jeder Lebensgeist. Europa ist nur eine vage Idee, die nach Verwirklichung sucht. Da es ihm bisher nicht gelungen ist, gemeinsame politische Zielsetzungen zu verwirklichen und sich die Mittel für eine bessere Gewährleistung seiner Sicherheit zu schaffen, wird es sogar in seiner wirtschaftlichen Einheit bedroht.

Wie oft war es möglich, auf Währungsprobleme, Wirtschafts-, Erdöl-, Militär- und politische Probleme eine gemeinsame Antwort zu geben? Muß der Begriff Europa vor der Notwendigkeit einer atlantischen Solidarität in den Hintergrund treten? Aber wird das Atlantische Bündnis als solches denn nicht durch die Schwäche Europas untergraben? Um ein wirklicher Partner sein zu können, muß Europa an Statur gewinnen. Während es jedoch darauf verzichtet, eine gemeinsame Währungspolitik festzulegen oder in einer konzertierten Aktion die Sicherheit seiner Energieversorgung herzustellen, wächst das militärische Potential der Sowjetunion und ihrer Satelliten ständig an. Ein technologischer Durchbruch gefährdet ständig das zerbrechliche Kräftegleichgewicht. Das geringste Nachlassen unserer Wachsamkeit und unserer Anstrengungen kann unsere Sicherheit bedrohen.

Selbst der Schutzwall, den die Heere des Atlantischen Bündnisses gegen einen eventuellen feindlichen Einmarsch bilden, könnte durch einen Umbruch des sozialen Gleichgewichts umgangen werden, der aus einer Akzentuierung von wirtschaftlichen Schwierigkeiten und politischer Schwäche resultierte.

Die Bedrohung, der wir ausgesetzt sind, ist also eine globale Bedrohung. Sie ist sowohl politischer und militärischer als auch wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Natur. Sie besteht nicht nur in Europa, sondern betrifft den gesamten Planeten und den ihn umgebenden Raum. Auf diese globale Bedrohung muß also eine globale militärische, wirtschaftliche und moralische Antwort gefunden werden, und zwar auf drei Ebenen: im Atlantischen Bündnis, in Europa und in der Nation. Diese Antwort muß auf dem Bewußtsein der Überlegenheit unseres politischen Systems beruhen, das seinerseits auf der Freiheit begründet ist und auf dem Willen, dieser Überlegenheit Geltung zu verschaffen.

Die Freiheit ist zunächst die **Grundlage des moralischen Zusammenhalts des Westens.** Wenn es dem Osten auch ohne Mühe gelingt, seine Rüstungen zu standardisieren, was für den Westen ein unerreichbares Ziel zu sein scheint, so ist er doch weit von unserer moralischen Kohäsion entfernt. Das Atlantische Bündnis dagegen lebt von einer Gemeinsamkeit der Ideale. Es darf nichts unternommen werden, das diesen Zement unseres Bündnisses aufweichen könnte. Deshalb müssen gewisse Gegensätze ausgeglichen werden. Die Vereinigten Staaten müs-

sen sich bewußt werden, daß Europa wirtschaftlich erwachsen ist und das Recht hat, auf politischem und militärischem Gebiet mitzureden. Dies ist eine der Bedingungen für die eigentliche Wirksamkeit seines Beitrags zu den gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen. Die andere Bedingung ist jedoch, daß dieser Beitrag in den Rahmen unseres Bündnisses mit den Vereinigten Staaten und mit Kanada gestellt wird. Denn Europa muß wohl einsehen, daß seine Sicherheit ohne die atlantische Solidarität nicht gewährleistet ist. Deshalb kann es sich nicht damit begnügen, sich unter den amerikanischen Atomschirm zu stellen. Es muß dem Nordatlantischen Vertrag substantiellen Inhalt geben.

Zu diesem Zweck muß Europa stärker werden. Der nationale Stolz seiner Völker kann ein Faktor seines Aufschwungs sein. Aber mehr noch als die Sorge um die Erhaltung seines Erbes muß Europa von der Notwendigkeit geleitet werden, seine Zukunft zu gestalten. In diesem Zusammenhang können wir die Entscheidung des Rats, den Ständigen Rüstungsausschuß mit einer Studie zu betrauen, deren politisches Ziel ja nur die Beibehaltung und die Stärkung der Rüstungsindustrien in Europa sein kann, nur begrüßen. Es ist wesentlich, auf diesem Kontinent, dessen Verbindungen mit Amerika in Zeiten der Spannung prekär erscheinen mögen, die industrielle Grundlage einer europäischen Verteidigung aufrechtzuerhalten.

Schließlich und endlich wird Europa nur dann stark sein, wenn seine Staaten entschlossen sind, nicht nur seine wirtschaftlichen und strategischen Interessen, sondern auch eine politische Vision zu verteidigen.

Dies ist eine politische Vision, die auch in Spanien gesiegt hat. Lassen Sie uns die Rückkehr dieses Landes in die europäische demokratische Gemeinschaft begrüßen. Dieses große Volk wird sicherlich zum Aufbau und zur Verteidigung unseres europäischen Vaterlandes einen überaus wichtigen Beitrag leisten.

Vorher war es Portugal, das kurze Zeit nach Griechenland seine politische Reife und die Anziehungskraft der demokratischen Idee bewiesen hat. Diese Beispiele sollten die dem Zweifel und der Entmutigung erlegenen Völker unseres Kontinents veranlassen, sich aufzuraffen. Die Zukunft ihrer Freiheit liegt in ihren Händen. Bei ihren Bemühungen zur Überwindung gegenwärtiger Schwierigkeiten müssen sie wissen, daß sie sich sowohl auf die europäische als auch die atlantische Solidarität verlassen können.

Es obliegt unserer Versammlung, die Stärke dieser Solidarität vor den Vertretern des Rats, und insbesondere vor Frau Hamm-Brücher, die heute den Vorsitz führt, sowie vor dem neuen Generalsekretär, Herrn Longerstaey, dem ich allen Erfolg wünsche, zum Ausdruck zu bringen.

Die Versammlung ist sich der Bedeutung ihrer Mission immer noch bewußt und wünscht auch weiterhin mit dem Rat einen konstruktiven Dialog zu führen, um Europa die Möglichkeiten zu geben, die den Ambitionen entsprechen, die wir für Europa hegen.

Tagesordnungspunkt:

22. Jahresbericht des Rates

(Drucksachen 731 und 741)

Berichterstatter:

Staatsminister Frau Dr. Hamm-Brücher

Frau Dr. Hamm-Brücher (Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es bedeutet für mich eine große Ehre, Ihnen, Herr Präsident, zunächst die herzlichen Glückwünsche des Rates zu Ihrer Wahl zum Präsidenten der Versammlung zu übermitteln. Ich persönlich bin sicher, daß Ihre große parlamentarische Erfahrung, Ihre Sachkompetenz und Ihre von allen Gruppierungen anerkannte Liebenswürdigkeit dazu beitragen werden, Ihre Präsidentschaft für die Westeuropäische Union zu einem vollen Erfolg zu machen.

Ich möchte auch namens des Rates dem scheidenden Präsidenten, Herrn Nessler, unseren herzlichen Dank für die hervorragende Art und Weise abstatten, wie er die Zusammenarbeit zwischen der Versammlung und dem Rat geleitet hat. Herzlichen Dank.

Nun, Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, im Namen des Rates der WEU den 22. Jahresbericht einzuführen, der der Versammlung nach Art. IX des modifizierten Brüsseler Vertrages alljährlich zu erstatten ist. Bitte, erlauben Sie mir zuvor noch eine kurze persönliche Bemerkung.

Bei der Durchsicht früherer Protokolle habe ich festgestellt, daß die Ihnen vortragenden Vorsitzenden des Rates zuvor bereits langjährige und erfahrene Mitglieder der Institutionen der WEU waren. Dies ist bei mir leider nicht der Fall. Ich habe mein Amt erst Ende letzten Jahres übernommen. Seither bin ich bemüht, mich in die schwierige Materie des Brüsseler Vertrages, seine Aufgaben und Institutionen theoretisch einzuarbeiten. Meine persönliche Erfahrung und Bewährung stehen jedoch noch aus. Dennoch werde ich mich nach Kräften bemühen, Ihnen hier und heute Rede und Antwort zu stehen.

Aber nun zur Sache. Der Bericht des Rates, der Ihnen vorliegt, beschreibt in nüchternen Worten seine Arbeit und die der anderen Organe, die für die Durchführung des modifizierten Brüsseler Vertrages die Verantwortung tragen. Der Rat hat, wie aus Kapitel 2 des Berichts hervorgeht, auch 1976 die **Durchführung der Bestimmungen des Vertrages** und seiner Protokolle über die Höhe der Streitkräfte sowie die Bewaffnung der Mitgliedstaaten sorgfältig überwacht. Die zu diesem Zweck festgelegten Verfahren funktionieren normal. Das Rüstungskontrollamt, dessen Aktivitäten in Kapitel 3 beschrieben werden, hat wie in den Vorjahren seine Funktionen in den seiner Kontrolle unterworfenen Bereichen unter zufriedenstellenden Bedingungen wirksam erfüllen können.

Im Bereich der **Rüstungszusammenarbeit** hat der Ständige Rüstungsausschuß in Ausführung seines

ihm vom Ministerrat im Mai 1976 erteilten Mandats das detaillierte Schema einer Studie über die Rüstungsindustrien in den Mitgliedsländern erarbeitet. Der Rat hat dieses Schema geprüft und dabei die Absicht der Regierungen, jede Doppelarbeit und Einmischung in die Arbeit anderer Gremien, insbesondere der Europäischen Programmgruppe, zu vermeiden, berücksichtigt. Der Rat hat nun den Ständigen Rüstungsausschuß beauftragt, die von ihm vorgeschlagene Studie auszuarbeiten.

Gestatten Sie mir nun einige Bemerkungen zu den Beziehungen zwischen dem Rat und der Versammlung. Dabei werde ich mich bemühen, auch auf die teilweise kritischen Bemerkungen Ihres Berichterstatters, Herrn Treu, einzugehen.

Der Rat nimmt in seinem Bericht sowie in seinen Antworten auf die Empfehlungen der Versammlung wiederholt Positionen ein, die sich auf Stellungnahmen der Mitgliedsregierungen in anderen internationalen Gremien beziehen. Das entspricht dem heutigen Stand der **Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen europäischen und atlantischen Organisationen.** In der Entwicklung dieser Arbeitsteilung und ihren Konsequenzen liegt wohl auch die Ursache für das Unbehagen des Berichterstatters, der zum Ausdruck brachte, daß seiner Ansicht nach die praktische Arbeit des Rates hier nicht hielte, was die Regierungsvertreter, wenn sie vor der Versammlung das Wort ergreifen, versprechen.

Lassen Sie mich deshalb versuchen, dieses Unbehagen zu zerstreuen und nochmals im Namen des Rates zu versichern: Die Bedeutung und Gültigkeit des Vertrages und seiner Protokolle sowie die Entschlossenheit der Mitglieder, die für 50 Jahre eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten, werden im Jahresbericht des Rates genauso klar und deutlich bekräftigt wie in den diesbezüglichen Erklärungen der Minister vor dieser Versammlung. Artikel 5 des Brüsseler Vertrags verpflichtet die Mitgliedstaaten, sich im Falle eines Angriffs gegenseitig Beistand zu leisten. Die WEU ist ein wichtiger Baustein im Sicherheitssystem des Westens.

Der WEU-Vertrag selbst hebt die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen WEU und NATO hervor. In ihm bekennen sich die Mitgliedsregierungen auch zum Ziel der europäischen Einigung. Die von mir bereits erwähnte Arbeitsteilung zwischen WEU, Europäischer Gemeinschaft und Atlantischer Allianz hat es nun mit sich gebracht, daß Ihrer Versammlung zusätzliche Aufgaben gestellt wurden, während sich der Arbeitsbereich des Rates einengte. Sie sind die einzige parlamentarische Versammlung, die gleichzeitig beiden Zielen verpflichtet ist: der europäischen Sicherheit und der europäischen Einigung. Die WEU-Versammlung ist das einzige europäische Gremium, das für Fragen der europäischen Sicherheit und Verteidigung zuständig ist. Sie wirkt somit in einem politischen Kräftefeld, das auf Regierungsseite im wesentlichen durch das Atlantische Bündnis und die Europäischen Gemeinschaften bestimmt wird. Die Neun haben sich in der „Europäischen Politischen Zusammenarbeit" ein Instrument enger außenpolitischer Zusammenarbeit geschaffen; die europäische Rüstungszusammenarbeit konzentriert sich heute auf die Unabhängige Europäische Programmgruppe.

Ihre Versammlung, meine Damen und Herren, hat selbst wiederholt diese Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft und in der Allianz begrüßt, auch wenn dadurch die praktische Arbeit des WEU-Rates auf diesen Gebieten eingeschränkt wurde. In vielen Bereichen Ihrer parlamentarischen Arbeit kann daher der Rat nur indirekt, unter Bezug auf die Tätigkeit der WEU-Mitglieder in anderen Organisationen, Rede und Antwort stehen.

Durch diese Lage werden die Beziehungen in doppelter Hinsicht geprägt: Einmal gewinnt der **Dialog mit der Versammlung** für den Rat und für die Regierungen besondere Bedeutung. Ihr Berichterstatter wertet die hier im vergangenen Jahr von Vertretern der Mitglieder vorgetragenen Überlegungen zur Rolle der WEU und Ihrer Versammlung mit Recht als eine Ermutigung für Ihre eigene Arbeit. Zum zweiten sollten wir die Form des Dialogs zwischen Rat und Versammlung der von mir soeben beschriebenen tatsächlichen Entwicklung beider Organe anpassen. Die Antwort liegt, so scheint mir, im verstärkten Ausbau der informellen Kontakte. Formelle Kontakte sind an die Einstimmigkeitsregel gebunden, die die Mitteilungen des Rates gelegentlich verzögert oder ihnen einen etwas förmlichen Charakter gibt. Auch kann der Rat schwerlich einen formellen Dialog über Fragen führen, die in anderen Organisationen behandelt werden.

Der Rat schlägt Ihnen daher vor, unter voller Wahrung der bestehenden formellen Beziehungen zwischen Rat und Versammlung, alle Möglichkeiten eines flexiblen informellen Dialogs zu nutzen. Er denkt hierbei z. B. an die Treffen des Rates mit dem Präsidialausschuß der Versammlung und an das in Aussicht genommene Treffen mit dem Politischen Ausschuß im November in Bonn. Zu diesem Treffen werden die Mitglieder aller WEU-Regierungen eingeladen werden. Ich möchte Ihnen versichern, daß die deutsche Bundesregierung, die Ende April den Vorsitz im WEU-Rat übernommen hat, das Ihre tun wird, den Dialog mit der Versammlung zu vertiefen.

Zum Abschluß des ersten Teils meiner Ausführungen möchte ich den Herren Berichterstattern für die geleistete Arbeit meine Anerkennung aussprechen. Insbesondere habe ich mich auch über den herzlichen Ton gefreut, mit dem Herr Treu den neuen Generalsekretär der WEU, Botschafter Longerstaey, begrüßt hat. Das gleiche gilt für die besondere Anerkennung, die er der erfolgreichen Tätigkeit des stellvertretenden Generalsekretärs, Herrn Botschafter von Plehwe, in der langen Interimsperiode gezollt hat.

Herr Präsident, gestatten Sie mir, jetzt einer Tradition dieses Hauses folgend, einige Bemerkungen **zur Politik der Bundesregierung** anzuschließen. Meine Damen und Herren, wir Deutsche erinnern uns sehr wohl, welche Bedeutung die WEU in einem kritischen Augenblick unserer Geschichte gehabt hat, als es für die junge und ungesicherte Bundesrepublik Deutschland darum ging, einen festen Platz unter den Demokratien Europas und Nord-

amerikas zu finden. Nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Jahre 1954 hat der modifizierte Brüsseler Vertrag wie ein politischer Katalysator das Zustandekommen des Pariser Vertragswerks ermöglicht. Er hat gleichzeitig das Bündnis und die Zusammenarbeit der westeuropäischen Partner unter das politische Vorzeichen der fortschreitenden Integration Europas gestellt. Das politische Kräftefeld der westlichen Zusammenarbeit mit den beiden Polen Atlantisches Bündnis und Europäische Einigung ist damals entstanden. Es ist und es bleibt das Fundament unserer Außenpolitik.

Seit diesen Anfängen ist die internationale Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland gewachsen. Ihr politischer Aktionsradius hat sich erweitert. Mit unserer bilateralen Ostpolitik tragen wir zum multilateralen Entspannungsprozeß in Europa bei. Im weltweiten Dialog mit der Dritten Welt wachsen wir zunehmend in die Verantwortung hinein, die dem wirtschaftlichen und politischen Gewicht der Bundesrepublik Deutschland entspricht. Wir betrachten unsere zweijährige Mitgliedschaft im Weltsicherheitsrat als ein äußeres Zeichen dieser internationalen Verantwortung. Aber wo immer wir handeln, auch wenn wir allein als Deutsche auftreten, handeln wir in enger Abstimmung und, wenn immer möglich, gemeinsam mit unseren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft und im Atlantischen Bündnis.

Herr Präsident, aus dem weiten Spektrum der heutigen deutschen Außenpolitik möchte ich nur auf zwei Fragen kurz eingehen. die in direktem Zusammenhang mit Ihren Arbeiten stehen: zum einen das **Ost-West-Verhältnis** und zum anderen die **Europäische Einigung.** Das Schicksal unseres geteilten Vaterlandes ist eng mit dem Entspannungsprozeß in Europa verbunden. Das gilt in einem doppelten Sinne. Zunächst mußte die Bundesregierung mit ihrer **Ostpolitik** einen wesentlichen Beitrag leisten, um den Entspannungsprozeß in Gang zu setzen. Eine fortdauernde Konfrontation an der politischen Nahtstelle der Ost-West-Beziehungen im geteilten Deutschland wäre zu einer Barriere aller Entspannungsbemühungen geworden. Zum anderen hätte eine Konfrontation auch dem deutschen Volk nicht geholfen. Denn nur in einem Klima der europäischen Entspannung können wir hoffen, wenigstens die menschlichen Probleme der Teilung zu mildern. Auch unsere nationale Frage sehen wir im europäischen Zusammenhang. Im Brief zur deutschen Einheit, den der damalige Außenminister Walter Scheel anläßlich der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrages 1970 übergab, bekannte sich die Bundesregierung zu dem politischen Ziel, „auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt".

Der Entspannungsprozeß, meine Damen und Herren, ist eine Chance, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Er hat bereits jetzt positive Veränderungen in Europa bewirkt. Hierfür nur zwei Beispiele: Die Diskussion über Freiheit und Menschenrechte wird in ganz Europa unter Berufung auf die Schlußakte von Helsinki geführt. Seither konnten rund 73 000 deutschstämmige Bürger aus Osteuropa in die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln. Wir werden auch in Belgrad die Chancen nutzen und neben der gebotenen kritischen Überprüfung der Ergebnisse seit Helsinki weitere Fortschritte im Entspannungsprozeß suchen. Ihre Versammlung hat mit Recht stets die Notwendigkeit einer gründlichen Vorbereitung der Belgrader Konferenz betont. Ich glaube, der Westen geht gut vorbereitet nach Belgrad. Wie bei der KSZE haben die EG-Staaten gemeinsame Haltungen erarbeitet und in der NATO und dem Europarat mit den anderen westlichen Demokratien abgestimmt.

Aber auch die Grenzen der Entspannung müssen klar gesehen werden. Mit großer Sorge verfolgen wir die gewaltigen Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion, die ihre Verteidigungsbedürfnisse weit übersteigen. Sie zwingen uns zu einer dauernden Verteidigungsanstrengung, um das militärische Gleichgewicht herzustellen. Wenn die SALT-Verhandlungen der Supermächte — wie wir hoffen — dazu führen, den erreichten Zustand annähernder Parität strategischer Waffen zu stabilisieren, wird für Europa die Erhaltung des konventionellen Gleichgewichts noch entscheidender. Mit der dauernden Anstrengung zur Erhaltung des militärischen Gleichgewichts schaffen wir gleichzeitig die politischen Grundbedingungen für eine Fortsetzung der geduldigen Verhandlungen zwischen Ost und West. Das gilt auch für die MBFR-Verhandlungen in Wien, die dem Ziel dienen, auf beiden Seiten zu einer gleichen, niedrigeren, kollektiven militärischen Gesamtstärke zu gelangen. Eine intakte westliche Verteidigung ist und bleibt Voraussetzung des Entspannungsprozesses.

Herr Präsident, der Entspannungsprozeß ist jedoch nicht nur ein europäisches Ost-West-Problem. Hierzu möchte ich drei kurze Bemerkungen machen: Erstens. Die Auseinandersetzung der politischen Systeme reicht über Europa hinaus. Ich glaube, wir können nüchtern, aber doch wohl auch zuversichtlich feststellen: Die demokratische Staats- und Gesellschaftsform ist nicht in der Defensive, wie so oft behauptet wird. Das gilt für Europa. Ich erinnere an die Rückkehr Griechenlands zur Demokratie, an den erfolgreichen Kampf der Demokratien in Portugal gegen Feinde von rechts und links und an die ersten freien Wahlen in Spanien nach mehr als vier Jahrzehnten. Das gilt aber auch für die Welt. Ich denke an Indien und an die vielen Staaten der Dritten Welt, in denen die Zweifel an der Uneigennützigkeit jener angeblichen Freunde wachsen, die ihre eigenen politischen Systeme exportieren und machtpolitische Einflußzonen schaffen wollen. Freiheit und Menschenrechte, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung behalten ihre politische Dynamik, ob sie sich in der Schlußakte von Helsinki manifestieren oder im Protest gegen autoritäre Regime, gegen Beschränkungen nationaler Unabhängigkeit oder im Kampf gegen Apartheid.

Zweitens. Wir stehen am Beginn einer weltweiten Diskussion über die Verantwortung aller — nicht nur, wie bisher, der wirtschaftlich führenden

westlichen Industriestaaten — für die Weltwirtschaftsordnung und die Entwicklungspolitik. Anfang Mai haben die Regierungschefs des Westens im Kommuniqué des NATO-Rats und in der Erklärung des Wirtschaftsgipfels die Mitgliedstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe zu höheren Leistungen in der Entwicklungspolitik aufgefordert. Der Gedanke war von deutscher Seite wiederholt vorgetragen worden. Es geht um ein wachsendes Bewußtsein aller Staaten dieser Welt für ihre gemeinsame Verantwortung für eine funktionierende Weltwirtschaft. Es geht aber auch darum, die Ost-West-Beziehungen im weltweiten Zusammenhang zu sehen. Es ist nicht auszuschließen, meine Damen und Herren, daß gemeinsame Aufgaben aller Industriestaaten eines Tages wichtiger werden können als traditionelle politisch-militärische Rivalitäten zwischen Ost und West.

Drittens. Auch die Diskussion über die Rüstung und Abrüstung ist nicht mehr auf das Ost-West-Verhältnis beschränkt. Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Rüstungsausgaben rückt in den Mittelpunkt der Vorbereitungen für die VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstungsfragen im Frühjahr 1978. Nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts sind im vergangenen Jahr etwa 334 Milliarden Dollar für Rüstungszwecke und nur 25 Milliarden für Entwicklungshilfe ausgegeben worden. Von der Entwicklungshilfe übrigens kamen 1975 nur etwas mehr als 2 % aus den Ländern des Warschauer Pakts. Die Bundesrepublik Deutschland allein leistete zweieinhalbmal soviel.

Meine Damen und Herren, wo immer möglich, gestaltet die Bundesregierung ihre **Außenpolitik im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft.** In der Europäischen Politischen Zusammenarbeit und in den Außenbeziehungen der Gemeinschaft sind gerade in den letzten Jahren wichtige Ansätze einer europäischen Außenpolitik entstanden. Ein außenpolitisches Profil der Europäischen Gemeinschaft wird erkennbar: in der Entspannungspolitik, gegenüber den Problemen des Nahen Ostens, des Mittelmeers, Afrikas sowie in den Vereinten Nationen und im weltweiten Dialog über die Zukunft der Weltwirtschaftsordnung. Unsere amerikanischen Partner sehen und begrüßen diese Entwicklung. Präsident Carter sagte vor dem NATO-Rat in London:

„The alliance is even stronger because of the solid progress toward Western European unification and the expanding role of the European Community in world affairs".

Mit diesem Zitat möchte ich auch auf die Frage Ihres Berichterstatters antworten, warum der Rat in seinem 22. Jahresbericht nicht mehr ausführlich auf die europäisch-amerikanischen Beziehungen eingegangen ist. Es war nicht mehr nötig. Seit 1974 hat sich eine Praxis außenpolitischer Konsultationen zwischen den Neun und den USA herausgebildet, die dem Interesse beider Seiten und ihrem partnerschaftlichen Verhältnis zueinander entspricht.

Diese Fortschritte spiegeln die Erfahrung der EG-Partner wider, daß sie nur noch gemeinsam an wichtigen internationalen Entscheidungen erfolgreich mitwirken können. Sie entsprechen aber auch den Erwartungen, die der Einigungsprozeß Europas in der Welt geweckt hat. Wir können auch nicht verkennen, daß die Ausstrahlungskraft der Gemeinschaft nach außen zur Zeit größer erscheint als ihre Überzeugungskraft nach innen. Die EG-Partner leiden noch unter den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, die bedeutende Integrationsfortschritte erschweren. An der Frage der Direktwahl hat sich in einigen Ländern eine neue europapolitische Debatte entzündet.

Wir erwarten kein politisches Wunder von dem Beschluß zur Einführung der **Direktwahl zum Europäischen Parlament,** dem der Deutsche Bundestag am Donnerstag zustimmte. Zunächst einmal erfüllen wir ja nur eine Verpflichtung der Römischen Verträge. Aber wir setzen auch — in diesem Kreise möchte ich das nicht verschweigen — Vertrauen in die politische Vitalität der europäischen Parlamentarier, deren Autorität durch ein direktes europäisches Mandat wesentlich gestärkt werden wird. Vor allem aber haben wir Vertrauen in die Überzeugungskraft der Demokratie und ihrer Willensbildungsprozesse. Zur Vorbereitung europäischer Wahlen haben sich gleichgesinnte nationale Parteien zu europäischen Föderationen zusammengeschlossen. Politische Programme zu europäischen Fragen werden entworfen. Die Gemeinschaft ist auf dem Wege, von einem Europa der Regierungen und Institutionen zu einem Europa der Bürger zu werden. Damit tritt ihr politisches Ziel wieder klar hervor. Die Gemeinschaft ist und war stets ein Instrument europäischer Demokratien. Sie dient ihrem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt. Sie hilft ihnen, ihrer weltpolitischen Verantwortung gerecht zu werden. Aber sie ist auch — und vor allem — ein politisches Instrument, um ihre gemeinsamen Vorstellungen von rechtsstaatlicher Demokratie zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Gemeinschaft ist bereits heute ein Beweis für den Überlebenswillen der Demokratie Westeuropas. Es ist kein Zufall, daß sich Griechen, Portugiesen und Spanier in einem historischen Augenblick, in dem sie die innere Demokratie verwirklichen, um die Annäherung an die Europäische Gemeinschaft bemühen. Die Erweiterung der Gemeinschaft, die sicherlich beiden Seiten noch schwierige wirtschaftliche Probleme aufgibt, ist für uns daher in erster Linie eine Chance zur Stärkung der Demokratie in Europa.

Ich danke Ihnen.

Dr. Müller (CDU/CSU): Frau Minister, angesichts der Tatsache, daß die Sowjetunion heute der Hauptexporteur von Kriegswaffen in Entwicklungsländer ist, und angesichts der von Ihnen angeführten Tatsache, daß sich die **Ostblock-Länder kaum an der Entwicklungshilfe beteiligen,** möchte ich Sie fragen: Sehen Sie eine Chance, die sogenannten sozialistischen Staaten auch im Rahmen des sogenannten Nord-Süd-Dialogs stärker an ihre weltweite Verantwortung für die Menschheit zu erinnern?

Frau Dr. Hamm-Brücher (Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland):

— Der Herr Abgeordnete Dr. Müller hat mich danach gefragt, ob wir uns imstande sehen, auf die Sowjetunion einzuwirken, ihre Leistungen für die wirtschaftliche Entwicklung der Entwicklungsländer zu verstärken. Natürlich werden wir solche Einflußmöglichkeiten, wo immer sie gegeben sind, wahrnehmen. Dies kann u. a. durchaus in den Vereinten Nationen geschehen. Dies kann unter Umständen durchaus auch im Verlauf der Nachfolgekonferenz von Helsinki geschehen. Ich bin der Meinung, daß es eine Aufgabe der westlichen Demokratien sein wird, auch die entwickelten, sozialistischen Industriestaaten zu einem Beitrag hinsichtlich der Entwicklungshilfe, hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklungshilfe aufzufordern. —

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident, ich möchte die Frau Staatsminister, nachdem sie uns vorhin vorgerechnet hat, wie hoch die Rüstungsausgaben insgesamt sind und wie hoch die Entwicklungshilfe ist, fragen, ob sie uns Zahlen darüber geben kann, wie hoch die **Rüstungsausgaben der Staaten der sogenannten Dritten und Vierten Welt** sind.

Frau Dr. Hamm-Brücher (Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland):

— Die Zahlen über die Rüstungsausgaben der Dritten Welt, Herr Abgeordneter Reddemann, habe ich leider nicht parat. Ich werde aber versuchen, sie zu beschaffen, soweit es solche Angaben überhaupt schon gibt. Ich bin gern bereit, sie dann der Versammlung mitzuteilen. —

Tagesordnungspunkt:

Die politische Tätigkeit des Rates — Antwort auf den 22. Jahresbericht des Rates

(Drucksache 733)

Berichterstatter: Abg. Treu

Anwendung des Brüsseler Vertrages — Antwort auf den 22. Jahresbericht des Rates

(Drucksache 745)

Berichterstatter: Abg. Delorme

Wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit in Europa — Antwort auf den 22. Jahresbericht des Rates

(Drucksache 736)

Berichterstatter: Abg. Lenzer

Lenzer (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fragen der technologischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit nehmen im Dokument 731 vom 11. März 1977 nur einen kleinen Raum ein. Ich glaube, ich kann mich deswegen ohne lebhaften Widerspruch aus dieser Versammlung auf einige wenige Bemerkungen zur Kommentierung des vorgelegten Berichts beschränken.

In diesem Dokument, der Vorlage des Rates der WEU, wird, was den Bereich der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit betrifft, in einigen wenigen Punkten die Problematik dieser Zusammenarbeit exemplarisch angesprochen. Es handelt sich einmal um die europäische Luftfahrt, weiter um die friedliche Nutzung der Kernenergie und schließlich um die Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Europa. Am Ende dieses Abschnitts wird auf Seite 9 des Dokuments 731 in wenigen Sätzen noch einmal ganz kurz der Kontakt zu anderen internationalen Organisationen angesprochen.

Ich habe mich deswegen in meinem Bericht, den ich Ihnen heute im Namen des Ausschusses für Wissenschaft, Technologie und Raumfahrtsfragen vorlegen darf, ebenfalls auf einige wenige Punkte beschränkt, die zur Stunde besonders in der öffentlichen Diskussion stehen. Es handelt sich auch hier einmal um das große Kapitel der Zusammenarbeit im Bereich der Luftfahrt, zweitens um den Bereich der Raumfahrt und schließlich um den Bereich der **friedlichen Nutzung der Kernenergie.**

Um gerade zu diesem letzten Kapitel ein kommentierendes Wort zu sagen: Ich glaube, jedermann, auch weit über diese Versammlung hinaus, ist sich darüber klar, daß die Erklärung des amerikanischen Präsidenten Carter vom 7. April 1977 die nukleare Welt verändert hat und daß sich auch die Basis für eine Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der Versammlung geändert hat. Mit Absicht ist diese Erklärung des amerikanischen Präsidenten in einem Annex Bestandteil dieses Berichts geworden, weil der Ausschuß der Auffassung war, daß es für jeden Betrachter hilfreich sei, sich möglichst schnell über die groben Umrisse der amerikanischen Nuklearpolitik unter dem neuen Präsidenten Carter zu informieren.

Am Ende steht wie in jedem Bericht ein Empfehlungsentwurf, den ich vielleicht später noch in einigen Punkten erläutern werde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die **Zusammenarbeit im Bereich von Forschung und Technologie** ist aus den verschiedensten Gründen eine zwingende Notwendigkeit. Der Verteilungskampf um die begrenzten Finanzmittel wird immer härter. Der Staat muß sich darüber hinaus — und das trifft sicherlich auch für alle Mitgliedstaaten dieser Versammlung zu — in immer größerem Maße mit öffentlichen Mitteln bei den Projekten engagieren. Weil es sich um Haushaltsmittel handelt, die der Steuerzahler aufzubringen hat, müssen wir uns bei den besonders kostspieligen technologischen Großprojekten in besonderer Weise darum kümmern, daß das Geld auch in richtiger und sparsamer Weise ausgegeben wird.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang vielleicht eine kleine Bemerkung zu der Frage, ob es

überhaupt notwendig ist — oder, so mag der eine oder andere fragen —, warum es notwendig ist, daß in derartiger Weise öffentliche Mittel in einem Bereich investiert werden, der doch schließlich ureigenste Aufgabe der Industrie sein sollte, weil am Ende der Bemühungen ja nicht eine wie auch immer geartete wissenschaftliche Erkenntnis stehen soll — dies gilt selbstverständlich für die Grundlagenforschung —, sondern hier, wo es sich um die angewandte Forschung handelt, das Ziel der Bemühungen ein marktfähiges Produkt oder aber eine Dienstleistung sein muß, für die auch eine echte Nachfrage besteht.

Nun, in allen Ländern engagiert sich der Staat deswegen in diesen Bereichen, weil die Projekte von langer Dauer sind, weil sie mit einem erheblichen Risiko behaftet sind und weil sie Kapitalien über Jahre hinaus binden, und zwar für Projekte, deren wirtschaftlicher Erfolg zu Beginn noch nicht abzusehen ist. Der Markt ist oft schwierig einzuschätzen. Der Markt bewertet im volkswirtschaftlichen Interesse liegende Projekte, die später einmal vielleicht von besonderer Bedeutung sein können, oft nicht richtig. Der Staat muß aber ein Interesse an solchen Projekten haben, um — auch das ist in dem Bericht immer wieder zum Ausdruck gekommen — ganz besonders für den europäischen Bereich dafür zu sorgen, daß die europäische Industrie durch Anstrengungen in der Zusammenarbeit im Bereich von wissenschaftlicher Forschung und Entwicklung ihren Part als selbständiger Partner auf dem Weltmarkt spielen kann. Das technologische Niveau, das wir in unseren Staaten halten, ist eine wichtige Voraussetzung für die Sicherung der Arbeitsplätze und für die Absicherung der konjunkturellen Bewegungen. Letztlich ist diese eine eminent politische, weit über den eigentlichen Fachbereich hinausgehende Frage.

Es hat sich gezeigt — um zum Thema zurückzukommen —, daß parallele Forschungs- und Entwicklungsarbeiten im Bereich der technologischen Entwicklung zu kostspielig sind. Man denke nur einmal an die sehr kostspieligen Projekte der Luft- und Raumfahrt oder aber auch der Kernenergie, um nur die wichtigsten Bereiche der Zusammenarbeit zu nennen. Es führt kein Weg an der Notwendigkeit vorbei, hier die Programme aufeinander abzustimmen und das Geld so auszugeben, daß Doppelarbeit vermieden wird und daß schließlich in einer gemeinsamen Anstrengung auch Produkte entwikkelt werden, die weit über die nationalen Märkte hinaus von Bedeutung sind.

Lassen Sie mich ein kurzes Wort zu dem Kapitel **Luftfahrt** sagen. Die Diskussionen zwischen Frankreich und einer amerikanischen Firma über die Weiterentwicklung eines Flugzeugmusters, die soeben auch von der Frau Staatsminister angesprochenen neuen Vereinbarungen oder beabsichtigten Vereinbarungen zur Weiterentwicklung der Airbus-Familie, über die anläßlich des Besuchs des Präsidenten der französischen Republik in Bonn ein understanding herbeigeführt wurde, und die Diskussion im Vereinigten Königreich, nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit der Verstaatlichung der Luftfahrtindustrie, zeigen, daß die gesamte Konzeption im Fluß ist. Es zeigt, daß sich die wirtschaftliche Basis verändert hat. Es kommt das Problem der Überkapazitäten hinzu. Trotzdem muß in der Zusammenarbeit immer die Hauptaufgabe deutlich bleiben, nämlich als Europäer Flugzeugmuster in gemeinsamen Bemühen zu entwickeln, die auch die Flugzeuggenerationen der 80er Jahre darstellen können, Flugzeugmuster, die eine wirtschaftliche Chance haben. Eine wirtschaftliche Chance werden sie aber nur dann haben, wenn es ihnen gelingt, auf Grund der wirtschaftlichen, finanziellen und technologischen Randbedingungen auch in die amerikanischen Märkte einzudringen. Ich möchte nicht auf das sehr heikle politische Problem einer möglichen Diskriminierung europäischer Produkte auf anderen Märkten eingehen. Aber das ist ist etwas, was ebenfalls immer wieder bedacht werden muß.

Aber lassen Sie mich dazu vielleicht noch eines sagen. Es hat sich gezeigt, daß die europäischen Staaten von der Technologie her durchaus wettbewerbsfähig sind und daß es sich vielmehr um Fragen des Marketings, um Fragen der Finanzierung, um Fragen der Kreditierung handelt, wenn es darum geht, in den Weltmarkt einzudringen und dort seinen Part zu spielen.

Im Bereich der **Raumfahrt** haben wir durch die Schaffung der European Space Agency einen guten Einstieg bekommen. Dies kann aber kein Abschluß einer Entwicklung sein, sondern nur ein Einstieg in weitere Bemühungen. Grundaufgabe muß es sein, über die Forschungssatelliten, über die experimentelle Phase hinauszukommen in die operationelle Phase, in die Phase, in der auch die europäischen Staaten auf dem Markt für Anwendungssatelliten, etwa im Bereich der Telekommunikation oder der Erderkundung, auftreten können.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch ansprechen, daß natürlich dazugehört, daß man als Anbieter die entsprechende Trägerkapazität bereitstellen kann. Auch deswegen sollten wir der Weiterentwicklung eines eigenen europäischen Trägers vermehrte Aufmerksamkeit schenken.

Zum großen Thema der **Kernenergie** gäbe es sicherlich viel zu sagen, und es wäre auch reizvoll, darauf einzugehen. Aber wegen der fortgeschrittenen Zeit möchte ich darauf verzichten. Dies soll auch keine Kernenergiedebatte sein. Wir haben uns mit den Problemen der Kernenergie schon zu anderer Zeit beschäftigt, und diese Probleme werden uns sicherlich noch eine ganze Reihe von Jahren erhalten bleiben, so daß wir nie in Verlegenheit sein werden, uns mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Wir sehen von Europa her die Probleme der Wiederaufarbeitung des abgebrannten Brennstoffs und die Probleme der Endlagerung etwas anders, als es der amerikanische Präsident in seiner Absichtserklärung zum Ausdruck gebracht hat. Ich glaube, man kann auch auf Grund von Erfahrungen und von Diskussionen mit amerikanischen Kollegen aus dem Kongreß sagen, daß dieses Programm von den gesetzgebenden Körperschaften dort in dieser Form sicherlich noch nicht endgültig akzeptiert werden wird. Wir befinden uns in einer Diskussion.

Deswegen ist es besonders wertvoll und besonders notwendig, daß wir lernen, uns als Europäer aufeinander abzustimmen und mit einer Sprache zu sprechen, bevor wir uns dem amerikanischen, dem transatlantischen Partner zuwenden.

Lassen Sie mich zum Abschluß ganz kurz zu dem Entwurf einer Empfehlung kommen, für den ich Sie um Ihre Zustimmung bitte.

Im ersten Punkt der Empfehlung werden die Mitgliedsregierungen gebeten, ein abgestimmtes Programm im Bereich der zivilen und der militärischen Projekte der Luftfahrt zu konzipieren. Das ist eine schwierige Aufgabe. Aber ich glaube, man sollte von unserer Seite nicht nachlassen, diese Forderung immer wieder an die Regierungen zu stellen.

In dem zweiten Punkt wird darauf hingewiesen, daß der Vorrang der Bemühungen jetzt auf den **Anwendungssatelliten** liegen muß, auf den Satelliten, mit denen wir einen Marktanteil bei den Anwendungssatelliten der Telekommunikation oder auch der Erderkundung, die für die Länder der Dritten Welt von besonderer Bedeutung sind, zu erreichen versuchen.

Im dritten Punkt wird auf die Notwendigkeit einer besonders engen Zusammenarbeit im Bereich der Kernenergie verwiesen.

Im vierten Punkt schließlich ist von einer alternativen Energie die Rede, von der **kontrollierten Kernfusion.** In diesem Punkt geht es aber nicht um technische Einzelheiten, sondern darum, daß endlich einmal eine Entscheidung zum Thema JET, Joint European Torus, fallen muß, diesem gemeinsamen Fusionsforschungsprojekt oder Demonstrationsprojekt, wenn Sie so wollen. Es muß uns gelingen, jetzt einmal die nationalen Grenzen zu überwinden. Wir fordern deswegen die Regierungen auf, sich möglichst schnell auf einen Standort zu verständigen. Man hat sich ja schon auf eine gewisse Verfahrensweise geeinigt, die zu dieser Entscheidung führen soll. Jetzt, so meinen wir — und das ist der Punkt 4 dieser Empfehlung —, muß endlich der Standort festgelegt werden. Sonst besteht die Gefahr, daß dieses Projekt in absehbarer Zeit keinen Beitrag mehr leisten kann, um die Kernfusion in Europa voranzubringen.

Meine Damen und Herren, dies waren einige kommentierende Bemerkungen zu dem Bericht. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte in vorgerückter Stunde nur ein paar kurze Ausführungen zu dem Bericht des Kollegen Lenzer machen, weil ich der Meinung bin, daß er, indem er sich mit Technologiefragen beschäftigt hat, einen zentralen Punkt unserer europäischen Entwicklung aufgegriffen hat. Ich glaube, moderne Technologie ist heute eine Grundvoraussetzung sowohl für die Erhaltung des Lebensstandards der europäischen Völker als auch für die Erhaltung ihrer Unabhängigkeit und Freiheit. Die europäischen Länder gehören nicht zu den rohstoffreichen Ländern dieser Erde, und selbst wenn sie dazu gehörten, wissen wir alle, daß Rohstoffreserven endlich und nicht unendlich sind.

Um unseren Lebensstandard aufrechterhalten zu können, ist es deshalb notwendig, mit Hilfe moderner Technologien neue Lösungen für alte Probleme zu finden. Moderne Technologie ist aber teuer, und moderne Technologie erfordert die Bereitschaft, alle Kapazitäten auszunutzen; ich meine vor allem die geistigen Kapazitäten. Das kann in Europa nur in Zusammenarbeit geschehen.

Ich möchte zu zwei Punkten des Berichts des Kollegen Lenzer ein paar Anmerkungen machen, zunächst zur **Luftfahrtindustrie.** Ich glaube, die europäische Luftfahrtindustrie hat den Beweis dafür angetreten, daß sie technologische Spitzenleistungen erbringen kann und daß diese technologischen Spitzenleistungen nicht unbedingt einen wirtschaftlichen Erfolg darstellen müssen. Das hat das Beispiel der Concorde gezeigt, das zeigt aber auch das Beispiel etwa des Airbus. Wenn man bei der Concorde vielleicht noch einwenden könnte, sie sei ein nutzloses Flugzeug, das noch dazu Umweltschäden anrichte — ich persönlich bin übrigens nicht dieser Meinung —, so kann man das sicher nicht beim Airbus, der besonders umweltfreundlich ist, der darüber hinaus auch noch energiesparend ist, sagen. Alles spricht eigentlich für den Einsatz eines solchen Flugzeuges. Trotzdem schaffen es nicht einmal die Europäer selbst, dieses Flugzeug in dem Umfang einzusetzen, wie es notwendig wäre, um eine vernünftige Produktion zu gewährleisten.

Wenn die Europäer selbst hier nicht mit gutem Beispiel vorangehen, dann braucht man sich auch nicht darüber zu wundern, daß andere in der Welt bei einem solchen Flugzeug nicht unbedingt kauffreudig sind. Es kommt hinzu, daß zur guten Technologie meiner Meinung nach auch ein gutes Marketing gehört und daß sich hier die Europäer, diejenigen, die den Airbus herstellen, Gedanken darüber machen müssen, wie sie mit einem verbesserten Marketing ein gutes Produkt besser unter die Leute bringen können.

Die zweite Bemerkung, die ich machen möchte, beschäftigt sich mit der Frage der **Nuklearpolitik.** Der Kollege Lenzer hat hierzu in seinem Bericht wichtiges gesagt. Mein Vorredner hat auch gerade auf die Erklärung des amerikanischen Präsidenten Carter im Zusammenhang mit der Nutzung der Atomenergie hingewiesen. Hier, glaube ich, kann man heute eine sehr positive Bemerkung zu einer Sache anfügen, die sich erst in den letzten Tagen herausgestellt hat. Bei dem Konsultativtreffen zwischen dem Präsidenten der französischen Republik und dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland hat man auch Fragen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernenergie angesprochen und sich darauf geeinigt — was ich positiv bewerte —, im Hinblick auf den Export von Wiederaufbereitungsanlagen in Zukunft eine ganz bestimmte, nämlich eine negative Politik zu betreiben.

Freilich, die Probleme, die sich heute bei der Nutzung der Atomenergie, vor allem bei der Nut-

zung der Energie des Plutoniums z. B., zeigen, könnten längst auf einen besseren Weg gebracht werden, wenn man sich in einem viel stärkeren Maße mit den Fragen der Fusionstechnologie beschäftigte. Wir wissen, daß für die Fusionstechnologie praktisch in unbeschränktem Umfang Rohstoffe vorhanden sind und daß auch die Sicherheitsprobleme ganz andere sind als bei der bisherigen Anwendung der Nukleartechnik.

Hier erleben wir — damit lassen Sie mich schließen — ein sehr trauriges Beispiel europäischer Zusammenarbeit. Es gibt das sogenannte Jet-Projekt — der Kollege Lenzer erwähnte es auch ausdrücklich —, das Joint-European-Torus-Projekt. Wir wissen alle, daß die Vorbereitungen für dieses Projekt sehr weit gelaufen sind, daß aber der Verwirklichung dieses gerade für Europa so wichtigen Projekts immer wieder Hindernisse in den Weg gelegt werden. Ich persönlich bedaure es außerordentlich, daß es erst vor kurzem die blockierende Stimme eines Landes unter den Neun war, die die Verwirklichung dieses Projekts wieder einmal auf die lange Bank geschoben hat.

Wenn die Europäer erkennen, daß derartige Fragen der Technologie sehr frühzeitig gelöst werden müssen, weil sich ihre Wirkungen erst in 10, 15, vielleicht in 20 Jahren zeigen, wenn es vielleicht schon zu spät sein kann, dann dürfen wir nicht immer nur über gemeinsame Projekte in Europa reden, sondern müssen endlich den Mut haben, gelegentlich über nationale Schatten zu springen und diese Projekte endlich zu verwirklichen, die zum Nutzen nicht nur eines Landes, sondern aller europäischen Länder, ja, wahrscheinlich zum Nutzen der gesamten Menschheit sein können.

Schlußwort des Berichterstatters:

Lenzer (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur ganz kurz zu den Ausführungen der Kollegen Stellung nehmen, die auf meinen Bericht Bezug genommen haben. Der erste Redner war Lord Beaumont. Er hat von der **gemeinsamen Politik im Nuklearbereich** gesprochen, die ich in meinem Bericht und auch in den Erläuterungen angesprochen hatte. Er hat sich dabei auf die Willenserklärung des amerikanischen Präsidenten Carter bezogen. Ich darf sagen, daß diese Erklärung des amerikanischen Präsidenten ein Dokument ist, das in der künftigen Diskussion selbstverständlich eine bedeutende Rolle spielen wird. Ich möchte aber doch in einigen wenigen Worten auf die unterschiedliche Ausgangssituation der Vereinigten Staaten hinweisen.

Die Vereinigten Staaten sind im Gegensatz zu den Ländern dieser Versammlung ein rohstoffreiches Land. Sie sind ein Land mit einem ungeheuren Energieeinsparungspotential. Jeder, der einmal abends nach Einbruch der Dunkelheit oder auch bei Tage durch eine amerikanische Großstadt gefahren ist, weiß angesichts der Beleuchtung dort, was man noch einsparen könnte, ganz zu schweigen vom Straßenverkehr. Die Energieverbrauchsstruktur sieht dort völlig anders aus als bei den europäischen Staaten, wo auch etwa im Bereich der Verbrennungsmotoren enorme Anstrengungen gemacht worden sind, um eine optimale Ausnutzung des Brennstoffes, des Treibstoffes, zu erreichen.

Ich glaube, daß man nur in partnerschaftlicher Weise zu einer Einigung in der Diskussion mit den Vereinigten Staaten und mit der neuen Administration dort kommen kann. Ich habe selbst die Erfahrung gemacht — ich bin in diesem Jahr schon zweimal in den Vereinigten Staaten gewesen und habe mit entsprechenden Fachleuten drüben gesprochen —, daß dort selbst unter den Mitgliedern der Ford Foundation, die diese Vorschläge für den Präsidenten gemacht haben, eine gewisse Unsicherheit herrscht. Das ist im übrigen auch sehr deutlich auf der deutsch-amerikanischen Konferenz in Princeton, die im März stattgefunden hat, zum Ausdruck gekommen, an der führende Vertreter der USA teilgenommen haben, die z. B. die Empfehlung hinsichtlich einer weiteren Kommerzialisierung des Schnellen Brüters entworfen haben.

Das **Risiko des Plutoniums** soll sicherlich nicht gering geachtet werden. Aber ich glaube, man muß auch ganz deutlich sehen, daß bereits jetzt Tausende von Kilogramm Plutonium zur Herstellung von Kernwaffen, zur Auffrischung der Kernwaffenbestände in der Welt gelagert werden. Das ist eine Realität, mit der wir leben müssen. Die Konsequenz, die wir daraus ziehen müssen, ist, in Zusammenarbeit mit allen Ländern nach neuen Wegen zu suchen, die den Gedanken der Nichtverbreitung von spaltbarem Material weiterverfolgen, verfeinern und bessere Möglichkeiten ausarbeiten. Ich glaube, die Vereinbarungen des sogenannten Suppliers Club sind ein guter Einstieg, allerdings bei vollem Respekt vor Art. 4 des Nichtverbreitungsvertrages, der von einer Nichtdiskriminierung der Staaten ausgeht, soweit es die friedliche Nutzung der Kernenergie betrifft.

Ich darf in diesem Zusammenhang vielleicht noch erwähnen, daß die Vereinigten Staaten unter Präsident Carter jetzt über 63 Reaktoren verfügen und daß auch Carter noch etwa 70 weitere Leichtwasserreaktoren in den nächsten Jahren bauen lassen will. Also von einem Stopp der Bemühungen beim Ausbau der friedlichen Nutzung der Kernenergie, von dem in der öffentlichen Diskussion — Sie haben das nicht getan — oft gesprochen wird, kann dort überhaupt keine Rede sein. Lassen Sie uns auch bitte bedenken, daß nach meiner persönlichen Auffassung der sicherste Platz für das Plutonium immer noch im Brennelement mitten im Reaktor ist, wo es verbrannt werden kann. Der Verzicht auf Wiederaufbereitung, wie die Amerikaner sagen, to buy time by delay, ist sicherlich keine Dauerlösung; denn Fachleute sagen uns, daß man die abgebrannten Brennelemente maximal nur 15 bis 20 Jahre zwischenlagern kann. Dann muß irgendeine Lösung gefunden werden.

Der Kollege Dr. Müller war so freundlich, den Bericht positiv zu kommentieren und auf die Bedeutung der technologischen Zusammenarbeit hinzuweisen. Er hat die Formulierung gebraucht, neue

Lösungen für alte Probleme mit Hilfe der Technologie zu finden. Ich stimme dem vorbehaltlos zu. Er hat den **Airbus** angesprochen. Es war sicherlich nicht die Technologie dafür verantwortlich, daß der Airbus-Auftrag nicht bei der Fluggesellschaft Western Airlines plaziert werden konnte. Aber ich glaube, es ist müßig, jetzt an dieser Stelle über die einzelnen Probleme zu diskutieren. Es ist ein neuer Anfang gemacht worden. Es werden jetzt vier Maschinen im Leasing-Verfahren an die Gesellschaft Eastern Airlines gehen, um einmal Erfahrungen damit zu sammeln. Ich glaube, daß das vielleicht eine Art Fuß in der Tür des amerikanischen Marktes ist, der immer noch 90 % des gesamten Weltmarktes in der zivilen Luftfahrt ausmacht.

Was die Fusion betrifft, stimme ich dem zu, was der Kollege Dr. Müller gesagt hat. Es muß jetzt ein Standort gefunden werden. Ich glaube, der Rat der Forschungsminister hat sich über ein Verfahren geeinigt. Wenn es zu einer deutlichen Mehrheit für einen Standort kommt, wird derjenige, der unterliegt, nach meinen Informationen kein Veto mehr einlegen, so daß dann wohl in absehbarer Zeit eine Entscheidung getroffen werden kann.

Schlußwort der Vorsitzenden des Politischen Ausschusses:

Frau von Bothmer (SPD): Herr Präsident! Aus der Sicht des General Affairs Committee möchte ich noch einmal betonen, daß uns tatsächlich, wie unser Berichterstatter ausgeführt hat, an einem ausführlicheren **Bericht des Rates** liegt. Ich glaube, es ist ein Mißverständnis, wenn Frau Staatsminister Hamm-Brücher sagt: Eben weil sich die Konsultationen zwischen den USA und den europäischen Ländern jetzt verstärkt und vertieft haben, braucht man darüber nicht mehr im Bericht zu sprechen. Wir wollen ja gerade wissen, was dort gesprochen worden ist. Über eine ganze Reihe von Dingen, die der Berichterstatter anführt, z. B. auch über Treffen von Ministern zwischen WEU-Ländern und osteuropäischen Ländern, ist in diesem Jahr noch weniger berichtet worden, als es vorher der Fall war. Mit diesen Dingen beschäftigen wir uns hier ja auch. Es werden in unserem Ausschuß Berichte über die Beziehungen der WEU-Länder zu den USA angefertigt. Deswegen ist es geradezu widersinnig, wenn der Rat der Minister um so weniger berichtet, je mehr er tut, wie wir es hoffen.

Das wollte ich nur noch einmal klarstellen und sagen, daß die Zusammenarbeit, wie sie jetzt ist, in der Tat zu wünschen übrig läßt.

Empfehlung 298

**betr. die politische Tätigkeit des Rates
Antwort auf den 22. Jahresbericht des Rates**

Die Versammlung

begrüßt die positiven Erklärungen mehrerer Minister während der 22. Sitzungsperiode der Versammlung über die derzeitigen und künftigen Aussichten der WEU;

dankt Botschafter von Plehwe für die hervorragende Leitung des WEU-Sekretariats in einer besonders schwierigen Zeit;

vermerkt, daß der Rat mit Botschafter Longerstaey einen Generalsekretär ernannt hat;

bedauert, daß der Rat bestimmte Verfahren außer acht läßt, die für seine Beziehungen zur Versammlung von großer Bedeutung sind;

erinnert daran, daß der Rat häufig der Versammlung über die Anwendung des geänderten Brüsseler Vertrags Bericht erstattet hat, auch wenn sie von anderen Organisationen als der WEU durchgeführt wurde,

empfiehlt dem Rat,

1. in naher Zukunft eine gemeinsame Sitzung mit dem Politischen Ausschuß sicherzustellen, um einen echten Dialog über die wesentlichen Fragen in bezug auf die Zukunft der WEU und die Entwicklung der internationalen Beziehungen vor allem zwischen Ost- und Westeuropa zu ermöglichen;
2. darauf zu achten, daß die Regierungen in Übereinstimmung mit den in den nationalen Parlamenten üblichen Verfahren wesentliche Informationen über die Aspekte ihrer Außenpolitik liefern, die in den Empfehlungen der Versammlung aufgegriffen worden sind;
3. in seinem Jahresbericht weiterhin genau über seine Arbeit zu informieren, wie dies bis zum 22. Jahresbericht üblich war;
4. die Versammlung ausführlicher über die Anwendung des geänderten Brüsseler Vertrags in anderen Gremien zu informieren;
5. seine Tätigkeiten in Übereinstimmung mit den der Versammlung gegebenen Garantien beizubehalten.

Empfehlung 299

**betr. die Anwendung des Brüsseler Vertrages
Antwort auf den 22. Jahresbericht des Rates**

Die Versammlung

spricht dem Rat zum Inhalt seiner Antworten auf die Empfehlungen der Versammlung seine Anerkennung aus, sofern sie vom Rat selbst oder von Delegationen ausgingen;

dankt dem Rat für die freundliche Aufnahme des Ausschusses für Verteidigungs- und Rüstungsfragen anläßlich der Gespräche am 31. Mai 1976;

verweist auf gewisse Unzulänglichkeiten bei der Anwendung der Bestimmungen des Brüsseler Vertrags in bezug auf die Rüstungskontrolle;

ist erfreut, daß der Rat dem Ständigen Rüstungsausschuß ein Mandat übertragen hat, dessen Umfang weit über den Tätigkeitsbereich hinausgeht, mit dem dieses Organ bislang betraut war,

empfiehlt dem Rat,

1. dafür Sorge zu tragen, daß die Antworten auf die Empfehlungen der Versammlung durch andere internationale Organisationen nicht weniger genau sind als die, die der Rat ausgearbeitet hat;
2. in seinen künftigen Jahresberichten weiterhin die Gesamtzahl der britischen Landstreitkräfte anzugeben, die auf dem europäischen Kontinent stationiert sind, und zu prüfen, ob er bei Wahrung der Sicherheitserfordernisse der betreffenden Regierungen die Anzahl derjenigen Streitkräfte angeben kann, die SACEUR gemäß der Verpflichtung des Art. VI von Protokoll II des geänderten Brüsseler Vertrags zugewiesen sind;
3. eine umfassendere Einhaltung der Bestimmungen des Vertrags in bezug auf die Rüstungskontrolle und vor allem die biologischen und chemischen Waffen sicherzustellen;
4. a) einen ständigen Informationsaustausch zwischen der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe und dem Ständigen Rüstungsausschuß zu garantieren;
   b) dafür Sorge zu tragen, daß die Anzahl, der Status, die Befähigungen und das Niveau der Vertreter der Mitgliedsländer im Ständigen Rüstungsausschuß hoch genug sind, um ein wirksames Arbeiten zu garantieren;
   c) die nationalen Behörden zu veranlassen, dem Ständigen Rüstungsausschuß alle erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen;
   d) dafür zu sorgen, daß die vom Ständigen Rüstungsausschuß durchgeführte Studie auf den Forschungsbereich ausgedehnt wird, um auf diesem Gebiet eine europäische Zusammenarbeit sicherzustellen;
   e) die Versammlung regelmäßig über die Aufgaben zu informieren, mit denen der Ständige Rüstungsausschuß betraut ist, und über deren Ablauf, Fortschritte und Ergebnisse fortlaufend Bericht zu erstatten.

Empfehlung 300

betr. die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit in Europa
Antwort auf den 22. Jahresbericht des Rates

Die Versammlung

vermerkt mit Genugtuung, daß der Rat die Notwendigkeit erkennt, im Bereich der modernen Technologie nach einer globalen Politik zu streben, die dazu bestimt ist, Westeuropas Platz in der Welt zu sichern und eine fruchtbare Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten auf der Basis der Gleichberechtigung zu fördern, und daß der Rat für die Harmonisierung der nationalen Luftfahrtpolitiken eintritt;

ist der Auffassung, daß der Rat im militärischen Bereich die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens der Mitgliedstaaten in bezug auf die Prüfung und Festlegung ihrer Erfordernisse auf dem Gebiet der Luftfahrt erkennt;

bedauert den Beschluß des Rates, keine Richtlinien für eine langfristige europäische Politik in den Bereichen der modernen Technologie festzulegen,

empfiehlt dem Rat,

die Mitgliedsregierungen aufzufordern:

1. nach ihren Überlegungen zum Bau von zivilen Flugzeugen eine gemeinsame Studie über ihre zivilen und militärischen Erfordernisse und Programme in Angriff zu nehmen und dabei besonders die Möglichkeit der Entwicklung eines Transportflugzeugs zu untersuchen, dessen Abwandlungen zu zivilen oder militärischen Zwekken verwendet werden könnten.
2. der operationellen Verwendung und Vermarktung von in Westeuropa entwickelten Anwendungssatelliten weiterhin äußerste Priorität einzuräumen;
3. auf dem Gebiet einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik, die äußerst vorrangig bleibt, nach einer möglichst engen Zusammenarbeit in bezug auf die friedliche Nutzung von Kernenergie zu streben;
4. die Interessen der europäischen Forschung auf dem Gebiet der Kernspaltung durch eine schnelle Entscheidung über den Standort des Joint European Torus (JET) zu fördern.

Dienstag, 21. Juni 1977

Tagesordnungspunkt:

Europäische Rüstungspolitik

(Drucksache 738)

Berichterstatter: Abg. Dankert

Tagesordnungspunkt:

Europäische Sicherheit und Ost-West-Beziehungen

(Drucksachen 744 und 726)

Berichterstatter: Abg. de Koster

Tagesordnungspunkt:

Entschließungsantrag über die Aufnahme griechischer und türkischer parlamentarischer Beobachter in die WEU-Versammlung

(Drucksache 740)

Berichterstatter: Abg. Piket

Mittwoch, 22. Juni 1977

Tagesordnungspunkt:

Haushalt der ministeriellen Organe der WEU 1977

(Drucksache 742)

Berichterstatter: Abg. Lord Selsdon

Tagesordnungspunkt:

Die U-Boot-Bekämpfung

(Drucksachen 743 und 725)

Berichterstatter: Abg. Roper

Tagesordnungspunkt:

Die westeuropäische Mittelmeerpolitik — der westliche Mittelmeerraum

(Drucksachen 746 und 734)

Berichterstatter: Abg. Urwin

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind alle sehr glücklich darüber, daß in **Spanien** eine Entwicklung in Gang gekommen ist, die das spanische Volk, das über 40 Jahre lang fern von der Demokratie war, wieder zu einer echten parlamentarischen Demokratie hinbringt, wie wir sie als Parlamentarier der Mitgliedsländer der WEU von unseren Völkern und Staaten her kennen. Wir sind uns wahrscheinlich alle darüber im klaren, daß dieser Weg kein leichter Weg für das spanische Volk ist, und wir müssen eigentlich alle sehr glücklich darüber sein, daß dieser sehr schwierige Weg, der in den letzten Monaten beschritten wurde, mit — ich muß sagen, zu meiner eigenen Überraschung — so wenig ernsten Schwierigkeiten verbunden war.

Ich glaube, dazu hat beigetragen, daß die Kräfte in Spanien, die auch bei den Wahlen als die Stärksten hervorgegangen sind, einen Weg des vernünftigen Augenmaßes beschritten haben und daß denjenigen Kräften auf der radikalen Rechten wie auf der radikalen Linken, die an einem demokratischen Prozeß nicht interessiert sein konnten und nicht interessiert sein können und die auch in der Zeit der Wahlen verstärkt zu Gewalt gegriffen und Bombenattentate verübt haben, von den Bürgern Spaniens eine klare Absage erteilt worden ist.

Ich glaube auch, daß diejenigen, die die Wahlen vorbereitet haben, gut beraten waren, z. B. eine gewisse Sperrklausel in das Wahlgesetz einzufügen, was dazu geführt hat, daß kleine Splittergruppen in dem neuen Parlament nicht in dem Umfang vertreten sind, wie es ohne eine Sperrklausel der Fall gewesen wäre.

Wir können also mit Hoffnung darauf blicken, wie es in Spanien weitergehen wird, und können voll und ganz der Tendenz der Entschließung folgen. Wir alle hoffen, daß Spanien volle demokratische Handlungsfreiheit gewinnt und Mitglied derjenigen europäischen Organisationen wird, in denen unsere Länder bereits seit Jahren arbeiten. Europa wird auch in der Zeit der Détente nur dann seine Freiheit bewahren können, wenn die Demokratien in diesem Europa zusammenarbeiten.

Es ließe sich hier gerade im Anschluß an das, was der Kollege Bernini gesagt hat, einiges zu den militärischen Aspekten anführen. Ich möchte das nicht tun, weil ich der Meinung bin, daß wir jetzt in erster Linie daran interessiert sein müssen, daß der Weg zur vollen, endgültigen Demokratie nach 40 Jahren Diktatur ohne Schwierigkeiten gegangen wird und daß die Probleme, die sicher auch auf militärischem Gebiet, in der Zusammenarbeit mit anderen Ländern oder in der Frage des Gleichgewichts der Kräfte in Europa aktuell sind, nicht zunächst in den Vordergrund gestellt werden, sondern daß wir erst einmal die Konsolidierung der Demokratie in Spanien abwarten.

Ich persönlich habe die große Hoffnung — ich glaube, die letzten Monate haben es bewiesen —, daß das spanische Volk reif für die Demokratie ist, obwohl manche Publizisten geglaubt haben, daß man sich nach 40 Jahren Diktatur nicht so schnell an die Demokratie gewöhnen könne. Ich denke, gerade die Ereignisse der letzten Monate haben gezeigt, daß wir das spanische Volk nunmehr als ein, ich möchte sagen, neues Glied innerhalb der westlichen Demokratien begrüßen können. Wir sollten uns alle verpflichtet fühlen, dem spanischen Volk auch auf wirtschaftlichem Gebiet — das möchte ich ausdrücklich unterstreichen — als Freund und Helfer auf seinem Weg zur Seite zu stehen.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des britischen Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten, John Tomlinson

Donnerstag, 23. Juni 1977

Tagesordnungspunkt:

Anwendung der Schlußakte der KSZE

(Drucksache 732)

Berichterstatter: Abg. Segre

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst dem Kollegen Segre für seinen Bericht danken. Das mag ihn vielleicht nach dem, was ich gleich anschließend sagen werde, verwundern. Aber es ist ja die Stärke unseres pluralistischen Systems, auch die Leistung eines Andersdenkenden anzuerkennen.

Daß ich diesen Bericht ablehne, hängt nicht mit der Resolution als solcher zusammen, sondern mit dem, was Sie, Herr Kollege Segre, im einzelnen als

Erläuterung hinzugefügt haben. Ich verstehe auch Ihre subjektiven Schwierigkeiten. Denn entsprechend den objektiven Bedingungen, also als Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Italiens, konnten Sie ja kaum etwas anderes aussagen als das, was in diesem Bericht steht.

Wenn wir die **Folgen der KSZE** diskutieren und das Prinzip der Entspannung im eigentlichen Sinne des Wortes bejahen, dann müssen wir — ich zitiere Herrn Willy Brandt aus dem Bericht Segre — illusorischen Vorstellungen entgegenwirken. Um es anders zu sagen: Wir dürfen nicht um den Brei herumreden. Was mich an dem Bericht vor allem stört, ist die Gleichsetzung — der Kollege Grieve hat bereits darauf hingewiesen — von Entwicklungen in Ost und West, die einfach nicht vergleichbar sind, so wenn z. B. unter Punkt 15 erklärt wird, es gebe eine wachsende Forderung nach Demokratie in Ost und West, wenn unter Punkt 7 erklärt wird, es gebe Verletzungen der Menschenrechte gleicherweise in Ost und West, wenn unter Punkt 57 auf die **„Berufsverbote"** z. B. in meinem Land, in der Bundesrepublik, hingewiesen wird. Kann man denn den Fall eines Unternehmers, der — das ist das letzte aktuelle „Berufsverbot" — bei uns in der Bundesrepublik fünf Jahre lang ein Berufsverbot bekommen hat, weil er für seine Arbeiter keine weiteren Beiträge an die Sozialversicherung gezahlt hat, mit der Tatsache vergleichen, daß z. B. in der Tschechoslowakei ein Schriftsteller, der die Charta '77 unterschrieben hat, nicht einmal ein Buch veröffentlichen darf, das belletristisch ist und sich nicht etwa mit politischen Fragen beschäftigt? Nehmen Sie ein anderes Beispiel hinsichtlich der „Berufsverbote" aus meinem Lande: Wir haben einen Universitätsdozenten, der Beamter auf Lebenszeit werden wollte. Er wurde nicht angestellt, weil er sich zu den Zielen der Deutschen Kommunistischen Partei bekennt, die — im Gegensatz zu Ihrer Partei — immer noch für die Diktatur des Proletariats im eigentlichen Sinne des Wortes eintritt. Der Betreffende ist dann — das kann man nämlich in unserem Lande, in einem pluralistischen System — zu Gericht gegangen. Das Gericht hat entschieden, man könne ihn doch nicht dem Gewissenskonflikt aussetzen, daß er von 8 Uhr früh bis 17 Uhr nachmittags als Beamter für die Erhaltung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung eintritt, aber von 17 Uhr bis 8 Uhr früh für die Diktatur des Proletariats kämpft. Insofern hat das Gericht ihm natürlich nicht recht gegeben.

Lieber Herr Kollege Segre, hier werden, so möchte ich einmal sagen, Birnen mit Äpfeln verglichen. Man könnte es noch schärfer formulieren: Pampelmusen mit Seeigeln. Mit Bezug auf ein aktuelles Ereignis könnte man bei Anwendung Ihrer Methode z. B. sagen: Ein Bürger in der Bundesrepublik besitzt nur ein Auto, ein Bürger in der Sowjetunion dagegen besitzt sieben Sportwagen, weil ja nach der Verfassung in der Sowjetunion alle Bürger gleich sind und Herr Breschnew, wie wir wissen, sieben Sportwagen besitzt. Wenn wir solche Vergleiche ziehen, dann wissen wir ganz genau, daß wir nicht weiterkommen, sondern um die Dinge herumreden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn der Kollege Segre die Ratifizierung von UN-Deklarationen in den sozialistischen Ländern erwähnt, dann kann uns das doch nicht hindern, die Wirklichkeit zu sehen. Schon die Stalinsche Verfassung war vom geschriebenen Text her ein Musterbeispiel an Demokratie, vielen demokratischen Verfassungen westlicher Länder überlegen. Großbritannien, meine Damen und Herren, hat nicht einmal eine geschriebene Verfassung. Trotzdem sind, so glaube ich, der Pluralismus und die Demokratie in Großbritannien in einem ganz anderen Maße gesichert als in der Sowjetunion, in der z. B. unter der Stalinschen Verfassung die Herren Bucharin und Sinojew, Neumann und Radek aus meinem Lande, die sicher keine Klassenfeinde, sondern Kommunisten waren, spurlos verschwunden sind. Solange sich die kommunistischen Parteien nicht vom demokratischen Zentralismus Lenins trennen und die Gewaltenteilung bejahen, sind sie für mich antirevolutionär und autokratisch. Die demokratischen Parteien Westeuropas — das ist scheinbar fast ein Widerspruch — halten heute die Prinzipien der großen Revolution von 1789, die Gewaltenteilung von Montesquieu, die Tradition der Aufklärung gegen die wirklichen Reaktionäre hoch. Das gilt auch — das möchte ich gerade Ihnen, lieber Herr Kollege Segre, sagen — für das, was man heute unter dem Begriff **Eurokommunismus** versteht. Ihr Parteisekretär, Herr Berlinguer, hat sich 1972 im Almanach der Kommunistischen Partei Italiens klar zu den Leninschen Prinzipien, auch zu den Prinzipien des demokratischen Zentralismus bekannt. Ihr Generalsekretär Berlinguer hat 1973 zum Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland, Herrn Honecker, gesagt: Unsere Ideale, die der Italienischen Kommunistischen Partei, sind die gleichen wie die Euren. Todesautomaten, Stacheldraht, Mauer — sollten das wirklich gleiche Ideale sein? Ich kann mir das nicht vorstellen.

Wie diese Ideale aussehen, konnte ich dieser Tage von einem Vorstandsmitglied der Studentenorganisation der Deutschen Kommunistischen Partei, also der offiziellen Partei — es gibt ja mehrere kommunistische Parteien in einem so freiheitlichen Land wie der Bundesrepublik, da besteht ein Gegensatz zu den kommunistischen Ländern, in denen es ja immer nur eine Kommunistische Partei gibt —, erfahren. Sie schreibt in der Zeitschrift „Rote Blätter", der Zeitschrift der Studentenorganisation „Spartakus", folgendes: „Wir wollen keine Pressefreiheit, keine Koalitionsfreiheit, keine Wahlfreiheit." Hat man denn keine Ohren, um das zu hören, und keine Augen, um das zu lesen, was hier im einzelnen ausgesagt wird?

In den der Deutschen Kommunistischen Partei nahestehenden „Blättern für deutsche und internationale Politik" bezieht sich ein gewisser Axel Peter in einem Artikel zur Revolution in Portugal auf den 7. Komintern-Kongreß und sagt:

„Die Revolution durch die kommunistische Partei ist möglich gewesen, weil die Kommunistische Partei Portugals systematisch seit 1935, seit dem 7. Komintern-Kongreß die Politik des Trojanischen Pferdes betrieben hat."

Ein Kommunist sagt das, nicht ein Kritiker des Kommunismus. Ich glaube, er hat recht.

Ich sehe keinen Wandel darin, wenn z. B. die Kommunistische Partei Frankreichs, lieber Herr Kollege Boucheny, mit 1 700 Delegierten die Formel von der Diktatur des Proletariates einstimmig streicht, die gleichen Delegierten, die ein paar Jahre vorher Herrn Roger Garaudy ebenso einstimmig aus der Partei ausgeschlossen haben, weil er diese Formulierung gestrichen haben wollte. Hier paßt doch irgend etwas nicht zusammen.

Herr Kollege Segre, Sie haben Gramsci zitiert, dessen 40. Todestag sich vor kurzem gejährt hat. Er ist der Vater des Begriffes des Kampfes um die Hegemonie, heute mit anderer Formulierung Compromesso Storico genannt. Er legt dar, wie es vor sich gehen soll, daß die kommunistische Partei als Avantgarde des Proletariats siegt. Und sinnigerweise schreibt er es in einem Aufsatz, der die Überschrift trägt: „Note zu Macchiavelli". Hier sind die Verbindungen zu dem Mann, der gestern seinen 450. Todestag hatte, nicht allzu weit entfernt.

Ich glaube — damit möchte ich schließen —, daß wir es hier mit einem wirklich grandiosen Manöver zu tun haben, daß sich gegenüber der Auffassung Lenins nichts geändert hat, der in seiner Schrift „Der linke Radikalismus — die Kinderkrankheit des Kommunismus" geschrieben hat:

„Man muß die größte Hingabe an die Ideen des Kommunismus mit der Fähigkeit vereinigen, alle notwendigen praktischen Kompromisse einzugehen, zu lavieren, zu praktizieren, im Zickzack vorzugehen, Rückzüge anzutreten und dergleichen."

Das Zitat von Lenin unterscheidet sich nicht von dem Zitat, das ich jetzt aus dem offiziellen Parteilehrgang der Kommunistischen Partei der Sowjetunion bringe, eines Unterzeichnerstaates der Schlußakte von Helsinki. Professor Affanasjew, Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der für diesen Grundlehrgang des wissenschaftlichen Kommunismus verantwortlich zeigt, schreibt:

„Die Taktik erfordert ferner die Fähigkeit, die Kräfte der Bundesgenossen und zeitweiligen Mitläufer wie auch die Gegensätze und Schwankungen im Lager der Feinde im Interesse des Sozialismus zu benutzen. Um dem Proletariat Bundesgenossen zu verschaffen, müssen die Kommunisten verstehen, zu lavieren und für die Revolution nützliche Kompromisse und Abkommen zu schließen. Dabei geben die Kommunisten keinen Zoll ihrer ideologischen revolutionären Prinzipien preis und bewahren dem revolutionären Ideal unerschütterlich die Treue.

Durch eine solche flexible Taktik wird dem Gegner seine breite soziale Basis entzogen, werden die werktätigen Massen und die proletarische Vorhut zusammengeschlossen und Kräfte für den revolutionären Sturmangriff auf den Kapitalismus gesammelt."

Ich glaube, daß eine Auseinandersetzung, die nicht klar geführt wird, genau diesen Tendenzen des Kommunismus nützt. Deswegen habe ich es vorgezogen, hier in einer klaren Sprache den Gegensatz aufzuzeigen. Denn entweder gibt es in Italien, in Frankreich noch Kommunisten, dann sind sie nach wie vor Leute, die sich zu den Prinzipien Lenins bekennen. Oder sie bekennen sich nicht mehr zu den Prinzipien Lenins, dann sind sie linke Sozialisten, dann ist eine andere Verhandlungsposition erreicht.

Ich lehne deshalb den Bericht des Kollegen Segre aus den bereits erwähnten Gründen ab und beantrage namentliche Abstimmung.

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dokumente der Westeuropäischen Union verdienen es zweifellos, sehr sorgfältig behandelt zu werden, noch viel sorgfältiger ein Bericht, den ein Mann vom Ruf Signore Segres vorgelegt hat. Ich muß gestehen, daß ich ihn deswegen mit außerordentlicher Sorgfalt geprüft habe. Aber ich muß ebenso gestehen, daß diese Sorgfalt leider nicht zu so lobenden Äußerungen führen kann, wie sie einige unserer Kollegen hier gemacht haben.

Gewiß, einige Passagen im Bericht von Signore Segre sind ohne Zweifel für uns alle außerordentlich interessant. Er verfällt nicht in die üblichen Aussagen der meisten Sprecher kommunistischer Parteien, daß **Menschenrechtsverletzungen** im Osten, in den Staaten mit kommunistischen Regierungen, nicht vorkämen. Er behauptet nicht, wie es die obligatorische kommunistische Propaganda sonst tut, in den Staaten des sogenannten sozialistischen Lagers seien ausschließlich der große Fortschritt, das Glück der Menschheit und die Erfüllung jahrtausendealter Menschlichkeitsträume etabliert. Daher, Signor Segre, ist anzunehmen, daß ein großer Teil Ihrer Ausführungen niemals in den Spalten der „Prawda" und entsprechender anderer kommunistischer Zeitungen veröffentlicht wird.

Dennoch, die Akzente, die Sie gesetzt haben — dies muß ich leider feststellen —, sind falsch. Ich darf einen Satz zitieren, um dies zu verdeutlichen. Signore Segre schreibt:

„Ihr Berichterstatter" — also er selbst — „ist der Auffassung, daß Verletzungen solcher Rechte" — gemeint sind die Menschenrechte — „offensichtlich sowohl im Osten als auch im Westen erfolgen."

Dies ist scheinbar ein wertneutraler Satz, in Wirklichkeit aber — es ist heute morgen schon festgestellt worden — eine Verzerrung zuungunsten des Westens. Ja, ich behaupte, es ist eine falsche Gleichsetzung von Zuständen in den westlichen Demokratien und in den totalitären, von kommunistischen Parteien regierten Staaten.

Signore Segre, Ihnen sind bereits Fragen gestellt worden, Fragen nach dem Konzentrationslagersystem in der Sowjetunion, Fragen nach den psychiatrischen Kliniken, in denen man Regimegegner physisch und psychisch zu ruinieren versucht. Ich möchte Sie fragen: In welchem demokratischen Staat des Westens gibt es beispielsweise eine Geheimpolizei, die ohne Haftbefehl Menschen festnehmen und auf unbeschränkte Zeit festhalten kann, eine Geheimpolizei, die durch eigene Polizeitribu-

nale in der Lage ist, in Geheimprozessen Verurteilungen bis zu 25 Jahren Zwangsarbeit vorzunehmen, und eine Geheimpolizei, auf deren Konto die Ermordung von Millionen Menschen und die Verschleppung von Abermillionen anderer Menschen gehen? In welchem demokratischen Staat — auch diese Frage muß ich unserem Berichterstatter leider vorlegen — dürfen nur die herrschende Partei und die von ihr kontrollierten Organisationen in Presse, Rundfunk und Fernsehen auftreten? Ich kenne keinen solchen demokratischen Staat im Westen, und ich bin sicher, daß niemand in diesem Hause einen solchen Staat kennt, weil es ihn einfach nicht gibt.

Aber auch Sie, Signore Segre, müssen zugeben, daß alle diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die hier heute morgen zitiert worden sind und die ich noch einmal kurz aufgezählt habe, in der Sowjetunion und in den übrigen kommunistischen Unterzeichnerstaaten des Schlußappells von Helsinki durchaus an der Tagesordnung sind, und zwar nicht erst seit heute, sondern seit Beginn der Regierungen in diesen Staaten, einmal stärker und einmal schwächer.

Wir Demokraten haben sicher Anlaß, selbstkritisch die Fehler unserer freiheitlichen Ordnung auch in einem solchen Bericht, auch in einer solchen Diskussion zu erwähnen. Wer aber, Signore Segre, die systematische Verletzung von Menschenrechten im Osten mit zu verurteilenden gelegentlichen Ungesetzlichkeiten im Westen moralisch auf die gleiche Stufe stellt, der behauptet, die Lepra und die Masern seien gleich gefährlich, nur weil es sich bei beiden um Krankheiten handelt.

Lassen Sie mich noch auf einen einzelnen Punkt eingehen, der mir — ich bitte hierfür um Verständnis — ganz besonders am Herzen liegt. Signore Segre hat nur ein paar Punkte herausgestellt, die nach seiner Auffassung besonders gegen die Menschenrechte verstoßen, und er hat dann von den angeblichen **Berufsverboten** in der Bundesrepublik Deutschland und von Telefonüberwachungen in Deutschland, auf Zypern und in Nordirland geschrieben. Ich nehme es keinem Mitglied dieser Versammlung übel, wenn es unsere Vorstellungen nicht billigt, Gegner eines freiheitlich verfaßten Staates vom Staatsdienst fernzuhalten. Jedes Land versucht auf seine Weise, mit dem Problem des Extremismus fertig zu werden. Wir, die Deutschen, die „gebrannten Kinder", haben unsere Wege. Unseren Vätern ist der Vorwurf gemacht worden, daß sie nicht rechtzeitig den heraufziehenden Nationalsozialismus bekämpft haben. Wir sind wachsamer geworden, und deswegen unsere Vorstellungen, die Signore Segre als „Berufsverbote" zu diffamieren versucht. Wir wollen einfach verhindern, daß Angehörige totalitärer Gruppen den Staatsapparat infiltrieren und eine Diktatur gegen die Mehrheit des Volkes einrichten. Wir schränken nicht die Grundrechte ein, sondern wir schirmen sie ab.

Aber, Signore Segre, wenn Sie schon diese Praxis in Ihrem Bericht ausdrücklich verurteilen, dann muß ich Sie fragen, warum Sie beispielsweise nicht erwähnt haben, daß vierzehnjährige Kinder in der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik nicht zum Besuch höherer Schulen zugelassen werden, wenn sie sich aus Gewissensgründen weigern, an einer atheistischen Jugendweihe teilzunehmen, daß sie praktisch bereits im Alter von 14 Jahren als Hilfsarbeiter für ihr ganzes Leben abgestempelt werden, weil sie sich nicht mehr qualifizieren dürfen. Und, Signore Segre, wenn Sie Menschenrechtsfragen in Deutschland als einen gewichtigen Punkt in Ihrem Bericht herausstellen, muß ich Sie weiter fragen, was heute morgen schon einmal gefragt worden ist: Warum kein Wort über die Berliner Mauer, warum kein Wort darüber, daß die kommunistische Volkspolizei an der Grenze Hundestaffeln einsetzt, die sie auf Flüchtlinge hetzt, die nichts weiter tun, als von dem Recht Gebrauch zu machen, ihren Wohnsitz wechseln zu wollen? Warum dann kein Wort über die Mordautomaten, die automatisch Blei und Stahl gegen Flüchtlinge schießen, wenn diese versuchen, aus dem kommunistischen Teil Deutschlands in den anderen zu kommen, und warum, Signore Segre, kein Wort über die Zuchthäuser und über die brutalen Unterdrükkungsmethoden des Ministeriums für Staatssicherheit in Ost-Berlin?

Ich habe den Eindruck — meine Damen, meine Herren, gestatten Sie mir, daß ich dies als einer, der den Kommunismus nun tatsächlich am eigenen Leibe erlebt hat, sage —, daß hier ganz bewußt auf wichtige Dinge nicht eingegangen worden ist, damit nicht über die Frage der Menschenrechte heute eine Diskussion entsteht, die möglicherweise den ganzen Bericht von Signore Segre dann nicht mehr zum Papier der Versammlung machen würde.

Ich habe die verschiedenen Versuche erlebt, den Bericht von Signore Segre durch einzelne Vorschläge, die wir hier beschließen sollen, zu modifizieren, um auf diese Weise noch zu einer möglichst breiten Übereinstimmung zu kommen. Ich habe leider ziemlich genaue Kenntnisse von der kommunistischen Praxis und habe deshalb folgende Befürchtung: Wenn wir uns heute auf eine Entschließung einigen, die die Meinung der Mehrheit dieser Versammlung bildet, dann werden wir in kurzer Zeit erleben, daß in der kommunistischen Propaganda der Bericht von Signore Segre, auch wenn er hier auf Widerstand gestoßen ist, und unsere Entschließung zu einem Papier der Westeuropäischen Union verknotet werden, und dann werden wir in wenigen Wochen nur noch den sehr subjektiven Bericht von Signore Segre in der einschlägigen Propaganda als das Dokument der Westeuropäischen Union finden, nicht aber mehr das, was wir im einzelnen hier beschlossen haben.

Deswegen, Herr Präsident, muß ich — so leid es mir tut — mein eindeutiges Nein sowohl zu dem Bericht als auch zu den Entschließungsvorschlägen anmelden.

Schlußwort der Vorsitzenden des Politischen Ausschusses:

Frau von Bothmer (SPD): Liebe Kollegen! Wir haben eine Menge Stellungnahmen gehört. Ich will

mich ganz kurz fassen und noch einmal die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß von beiden Seiten Realismus für die Stellungnahmen beansprucht worden ist: die Pessimisten sagen, sie seien realistisch, die Optimisten sagen, sie seien realistisch; und es ist richtig, beide sind es. Wenn das nämlich nicht richtig wäre, wären die Gespräche von Helsinki und die fortführenden Gespräche in Belgrad überhaupt nicht nötig.

Und glauben Sie nicht, daß ein deutscher Politiker nicht auch einen Schuß Pessimismus haben kann! Ich bin im Grunde optimistisch gesinnt. Ich halte die Gespräche für wichtig. Ich beziehe mich auf das, was wir in Straßburg gemeinsam beschlossen haben. Auch in dem Bericht dort war nichts etwa von den Einzelheiten enthalten, die gerade die deutsch-deutsche Beziehung so tragisch machten. Ich glaube also nicht — um das kurz anzumerken —, daß das vom Berichterstatter bewußt ausgelassen worden ist.

Andererseits bin ich froh, daß z. B. Mr. Grieve heute morgen den Blick auf diese tragische Situation dort gewendet hat. Ich als deutscher Politiker bin natürlich pessimistisch, wenn ich an die Mauer denke, weil ich nicht weiß, wie man das in kurzer Zeit oder überhaupt ändern kann. Ich muß darauf hoffen, daß das geändert werden kann.

Die Interpretation der Grundsätze wird natürlich weiterhin verschieden sein. Man wird in Belgrad meiner Meinung nach ein Hauptarbeitsfeld darin finden, sich bei der Interpretation näherzukommen. Das rechtfertigt auch Berichte und Stellungnahmen, die hier jeweils als pessimistisch oder als optimistisch beurteilt werden.

Im Europarat — um das noch kurz zu sagen — haben wir darin übereingestimmt, daß niemand mehr die Verhandlungen abbrechen möchte und daß bei allen zugegebenen Grundsatzverschiedenheiten zwischen West und Ost mehr positiv in Bewegung gekommen ist, als wir alle uns noch vor zwei oder drei Jahren vorstellen konnten. Wir waren einstimmig der Meinung, daß uns diese weltweite Bewegung der Besinnung auf die Menschenrechte ebenso wie praktische Annäherungen und Erleichterungen auf verschiedenen Gebieten so viel wert ist, daß wir sie sorgfältig weiter verfolgen müssen.

Nun ist natürlich die Frage: Warum ist die Kritik an diesem Bericht jetzt so hart? Einiges im Bericht ist natürlich zu kritisieren. Wir dürfen dabei aber auch nicht vergessen, daß der Bericht selber die Meinung von Herrn Segre ausdrückt. Das ist natürlich. Wir haben andere Berichte gehabt, die die Meinung eines anderen Politikers ausdrückten. Die Empfehlung wird die Frage sein, in der wir uns einigen müssen. Uns bleibt gar nichts anderes übrig, als dem Vorschlag zu folgen, den Bericht in den Ausschuß zurückzunehmen und noch einmal zu besprechen, auch die Änderungsanträge zu besprechen, und dann den Bericht im November hier wieder vorliegen zu haben.

Der zweite Grund, weswegen die Kritik so hart ist, ist natürlich einfach der, daß Herr Segre Kommunist ist. Auch in diesem Rahmen muß man verstehen, daß das State Department seine Besorgnis geäußert hat. Alles ganz schön und gut; nur liegt es nicht in unserer Macht, zu bestimmen oder zu wollen, daß es hier keine kommunistischen Kollegen gibt. Ich halte es sogar für ganz wichtig, daß es sie bei einer Diskussion über die **KSZE** gibt. Denn, liebe Kollegen, muß uns nicht daran liegen, gerade die Stimmen der europäischen Kommunisten in diesem Zusammenhang zu hören? Daß ich das befürworte, heißt keineswegs, daß ich gewillt bin, Augen und Ohren zu schließen. Im Gegenteil, wir sollten diese Chance nutzen.

Was dabei mich und wahrscheinlich andere Kollegen hier beunruhigt, ist, daß wir bis jetzt nicht recht wissen, wie die europäischen kommunistischen Kollegen nun wirklich — ich sage das jetzt vielleicht ein bißchen laienhaft — ihre Art von Kommunismus auffassen. Da können wir nicht genau durchsehen, und das beunruhigt uns.

Andererseits halte ich es für wichtig, daß sie hier eine Stimme haben. Ich bin sehr froh, daß gerade Herr Segre diesen Bericht gemacht hat, und er hat ihn vorzüglich gemacht, wie schon verschiedene Redner betont haben. Wenn wir realistisch sein wollen, dann müssen wir eben diese Stimme in das Konzert der Stimmen mit einbeziehen können und auch wollen.

Wir leben in einer Welt, in der die **Menschenrechte** absolut nicht überall so gesehen werden, wie wir als einzelne Menschen das wohl wollen. Ich sehe ganz gut, daß sie in den osteuropäischen Ländern noch sehr viel weniger zum Zuge kommen. Das ist die Ausgangssituation, die wir haben. Wir müssen Geduld haben, weil wir mit den Verhandlungen darüber erst angefangen haben. Aber wir dürfen wirklich nicht zu Heuchlern werden und so tun, als ob die Menschenrechte in allen anderen Ländern der Welt großartig berücksichtigt wären. Ich glaube, daß sich keines unserer Länder schadet, wenn es die Rechte, die das Individuum in seinem Land hat, einer sehr gründlichen Prüfung unterzieht. Das kann auch den Belgrader Gesprächen nützen. Denn man sollte, wie Herr Carter gesagt hat — und wir sollten uns nicht zu fein sein, dieses Wort aufzunehmen —, kritisch betrachten, inwieweit die Menschenrechte woanders, aber auch im eigenen Land verwirklicht werden können.

Ich glaube, daß dieses Bemühen, das wir hier mit dem Segre-Bericht eingeleitet haben, sehr richtig ist und fortgeführt werden muß. Wir sind aber auch dazu aufgerufen, mit viel Geduld und Klugheit die Gespräche in Belgrad, die eben begonnen haben, zu verfolgen.

Der Bericht über die Anwendung der Schlußakte der KSZE wurde auf Antrag des Berichterstatters und der Vorsitzenden des Politischen Ausschusses von der Versammlung an den Ausschuß zurückverwiesen.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des italienischen Staatssekretärs im Verteidigungsministerium, Pastorino

Tagesordnungspunkt:

Sicherung der europäischen Energieversorgung — Neue Energiequellen aus dem Meere

(Drucksache 737)

Berichterstatter: Abg. Jessel

Tagesordnungspunkt:

Stand der fortgeschrittenen Technologie in Israel

(Drucksache 735)

Berichterstatter: Abg. van Oojen

Tagesordnungspunkt:

Sechzehnter Halbjahresbericht des Ausschusses für die Beziehungen mit den Parlamenten

(Drucksache 739)

Berichterstatter: Abg. Delorme